

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Aden & Comp., Nr. 1203

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl. Red.: Gehr. Wenzel, Dresden
und Schlichte Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beierlohn mit den wöchentlichen Belegen
"Nach der Arbeit" und "Voll und Voll" für einen halben Monat 1 Mk.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weimarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 26261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weimarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 26261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositionelle
30 Pf., die 30 mm breite Kompositionelle 1,50 Mk., für ausübliche An-
zeigen 30 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 15

Dresden, Dienstag den 19. Januar 1926

37. Jahrg.

Koalition der Mitte gescheitert?

Die Expreffertaktik der Bayerischen Volkspartei

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das zweite Kabinett Luther war so gut wie fertig, als die Bayerische Volkspartei es für angebracht hielt, die von der Deutschen Volkspartei tagelang verübte Expreffertaktik zu ihrem Ideal zu erheben. Sie war bereit, mit dem Führer der Demokraten, Dr. Koch, als Reichskanzler zusammenzuarbeiten. Aber als Innenminister ist er für sie plötzlich nicht mehr zu ertragen. Dieser Widerspruch zeigt, daß nicht die Person des Herrn Koch zu dem Verfahren der Bayerischen Volkspartei Anlaß gegeben hat. Der Herr Koch als Reichskanzler erwidert, müßte ihn erst recht als Innenminister für "tragbar" halten.

In Wirklichkeit bildet die Person des Herrn Koch für die Bayerische Volkspartei nur einen Vorwand, um dem zweiten Kabinett Luther eine stärkere Tendenz, als anfänglich geplant, nach rechts zu geben. Die deutsche nationale Reichstagsfraktion will in diesem Zusammenhang eine gewisse Rolle. Sie hat den Verlust der Futtertröge nur sehr schwer überstanden und verjagt jetzt mit allen Mitteln, wenigstens durch eine Hintertür sich auch einen gewissen Einfluß auf das neue Kabinett zu sichern. Als die Volkspartei unter dem Einfluß der Verhandlungen müde geworden war und sich mit der anfänglich geplanten Zusammenlegung des Kabinetts abgefunden hatte, versteckten sich die Deutschnationalen hinter die Bayerische Volkspartei und prompt wurde der erteilte Auftrag ausgeführt. Koch soll verschwinden und an seine Stelle soll nach dem Wunsch der Bayerischen Volkspartei oder besser der Deutschnationalen ein Mann treten, der im Grunde genommen ebenso reichstrou sein kann wie Herr Koch, politisch aber unter dem Mantel der Neutralität im deutschnationalen Fahrwasser segelt. Das ist der wahre Sinn der plötzlich wieder aufgewärmten Krise. Es zeigt sich also auch jetzt wieder, daß die Luther nach einer schnellen Lösung der Regierungskrise in Wirklichkeit die Streikmacher sind. Wann ihre Arbeit vollendet wird oder ob sie überhaupt etwas erreichen wird, ist vorläufig noch nicht zu sagen. Die am Montag abend in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Herrn Luther abgehaltenen interfraktionellen Besprechungen wurden ohne Ergebnis abgebrochen; sie sollen am Dienstag vormittag um 10 Uhr fortgesetzt werden. Inzwischen hat Herr Koch seiner Fraktion das Mandat für das Reichsinnenministerium zur Verfügung gestellt. Er persönlich will nicht den Anlaß zur Verlängerung der Krise geben. Die demokratische Fraktion aber hält vorläufig noch an Koch als Innenminister fest und sie hat hierzu ihres Erachtens nicht nur das Recht, sondern als republikanische Partei auch die Pflicht. Jedenfalls dürfte von der Erfüllung dieser Pflicht die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem zweiten Kabinett Luther in nicht unwesentlicher Weise abhängig sein.

Und nun? — Ein Beamtenkabinett?

D. Berlin, 19. Januar. (Fig. Rundfunk.) Am heutigen Donnerstag um 10 Uhr sollen die am gestrigen Tage abgebrochenen interfraktionellen Besprechungen über die Bildung der Reichsregierung ihren Fortgang nehmen. Nach dem Verlauf der gestrigen

Verhandlungen wird den heutigen Verhandlungen verminderte Bedeutung zukommen. Die Demokraten und das Zentrum hielten nach Abbruch der interfraktionellen Besprechungen noch Fraktionsbesprechungen ab, die Zentrumsfraktion ließ sich von ihren Unterhändlern lediglich Bericht über den Stand der Verhandlungen erstatten, während die Demokraten einstimmig beschloßen, an Koch als Innenminister festzuhalten und alle Pläne, die dahin gehen, ihn zum Reichs- oder Wirtschaftsminister zu machen, abzulehnen. Mit diesem Bescheid gingen die demokratischen Abgeordneten Erkens und Haas in vorgezählter Abendstunde zum Reichswechminister Dr. Gehler, auf dessen Haltung am Sonntagabend schließlich der Verzicht der Volkspartei auf das Innenministerium zurückzuführen ist. Er hat sich in der Tat mit dem weiteren Verbleiben als Reichswechminister nur unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß Dr. Koch das Amt des Reichsinnenministers erhält.

Reichswechminister Dr. Gehler begab sich im Anschluß an die Unterredung mit seinen Parteifreunden gegen 10 1/2 Uhr zum Reichskanzler Dr. Luther, wo in Gegenwart des Arbeitsministers Bruno die Lage nochmals durchgesprochen wurde. Bei dieser Gelegenheit offenbarte Dr. Luther sein wahres Herz, indem er sich gegen die Berechtigung des demokratischen Verlangens, aber, wie es heißt, für den Exprefferversuch der von der Deutschen Volkspartei unterstützten Bayerischen Volkspartei aussprach. Jedenfalls war der Erfolg der Haltung des Herrn Luther, daß die Demokraten um 12 Uhr nachts nach einer Beratung von kaum 1/2 Stunde einstimmig folgende Entscheidung faßten:

Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei ist nicht gewillt, insoweit der Einpruch der Bayerischen Volkspartei auf ihre Wünsche für die Besetzung des Innenministeriums zu verzichten. Sie hat die Beziehung aus der Heberzeugung vertreten, daß durch sie die Führung der Innenpolitik im Geiste der Verfassung gesichert werden soll. Sie ist nicht in der Lage, diese Heberzeugung vor einem unbeschränkten parteipolitischen Wahlsatz zu verabsagen.

Dieser Beschluß wird heute vormittag 10 Uhr dem Reichskanzler und den anderen Parteiführern mitgeteilt werden. Der Parlamentarier der Telegraphen-Union fügt hinzu: „In dem demokratischen Briefen nimmt man an, daß die Bemühungen Dr. Luthers an der Bildung eines neutralen Kabinetts der Mitte als gescheitert anzusehen sind. Die Koalition der Mitte unter feiner parlamentarischer Führung dürfte damit als gescheitert zu betrachten sein.“ Vor allem sollte man annehmen, daß jetzt auch die Mission des Herrn Dr. Luther als erledigt gilt. Aber es wäre ein Trugschluß, eine derartige Vermutung zu hegen und anzunehmen, daß er aus seiner Rolle — denn das ist es schließlich — die Konsequenzen ziehen würde. Er wird sich dem Reichspräsidenten am Dienstag schon wieder als der geborene Reichskanzler empfehlen und dann die Bildung einer „neuen“ Regierung übernehmen. In welchem Maße ihm das gelingt, hängt sehr vom Zentrum ab, das sich bisher auf die Seite der Demokraten gestellt hat und vor allem jeden Ansehen zu vermeiden sucht, als ob die unter seiner Beteiligung gebildete Regierung noch rechts neigen könnte. Da vorerst eine Linkregierung ebenfalls ausscheidet, bleibt im Augenblick nur die Möglichkeit eines Beamtenkabinetts, dessen Minister unter dem Deckmantel der Neutralität nach dem Wunsch des Herrn Luther natürlich in erster Linie schwarzweiße angesehene Personen sein werden. Aus dieser Tatsache ergibt sich für den Fall eines Beamtenkabinetts die Stellungnahme der Sozialdemokratie von selbst.

Demokraten zur Fürstenabfindung

D. Bremen, 18. Januar. (Fig. Draht.) Die Abfindung der bürgerlichen Parteien, die Fürstenabfindungsfrage einem Schiedsgericht zu übertragen, hat jetzt auch den Protest von Mitgliedern der Mittelparteien hervorgerufen. Eine Mitgliederversammlung der demokratischen Parteiorganisation in Bremen faßte z. B. folgende Entschließung:

„Die Mitgliederversammlung der Deutschen Demokratischen Partei Bremen hat mit Befremden von den Redaktionen Kenntnis genommen, daß im Reichstag die Absicht besteht, die Frage der Fürstenabfindung einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Sie erhebt gegen eine derartige Absicht ihr heftigsten Einspruch. Der Grundgedanke der Demokratie fordert die gleiche Behandlung aller Volksgenossen. Das Volk wird nicht verstehen, daß man Millionen Deutschen ihre verlorenen Güter zu kaum nennenswerten Beträgen aufwertet, während man den ehemaligen Fürsten, auch Ausländern, ihr gekanntes Gut und Gut sogar zum größten Teil in Form von Grund und Boden zurückzahlen will. Es muß verlangt werden, daß diese Frage in den Parlamenten durch die gewählten Vertreter des Volkes in aller Öffentlichkeit und nicht durch ein Schiedsgericht in unkontrollierbaren Verhandlungen erledigt wird.“

Landbesitzer

SPD. Der Stand der deutschen Fürstenabfindung ist im Reichstagsbereich des Herzogs Karl Eduard von Sachsen-Altenburg-Gotha seinem Höhepunkt zugekommen. Der Herzog Karl Eduard hat mit großer Zurückhaltung die vermögensrechtliche Auseinandersetzung, wie er sie ansetzt, durch die Zuweisung eines eigenen „Generaldirektors“ für Auseinandersetzungsprozesse mit dem Staat eingeleitet. Zwei Herren sind ihm dabei als „Beisitzer“ besonders an die Hand genommen, der ehemalige preussische Oberpräsident von Pommer-

den von Jiller und der ehemalige preussische Landrat Voigt, den der Herzog zum „Generaldirektor“ seiner Vermögensverwaltung ernannt hat. Beide Herren haben sich einen Stab von Hilfsarbeitern geschaffen und verdienen sich aus der Privatkapitulation des Herzogs zu ihrer preussischen Pension noch eine ordentliche Menge Geld. Den Bemühungen der beiden ist es nunmehr gelungen, die Anerkennung der sächsischen Gothaerischen Adelskommission als Privatbesitz vom Gericht zu erkämpfen, ein Besitz, der nach der Bildung der Sozialistischen folgenden Umfang angenommen hat: „Es handelt sich nicht um 3000 Morgen in Gotha und Umgebung, wie man anzunehmen geneigt ist, mehr als ein Siebentel der Gesamtgrundfläche des früheren Herzogtums Gotha, und zusammen mit den unmittelbar angrenzenden schmalen Bändern der früheren Herzogtümer Gotha, Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Thüringen, 60 v. H. des Waldbodens in früheren Herzogtum Gotha, 12 Oberförstereien (Thal, Meinerschmalldorf, Friedrichroda, Georgenthal, Tannbach, Dietzsch, Strohhaus, Winterstein, Tabarz, Hohleborn, Schnellbach, Steinbach-Hollenberg) und eine Kreisverwaltung (Grafenhausen). Dazu das Schloßgut und das wälderfreie Freigut in Grafenhausen und die Domäne Döllschütz, Schloß Friedrichstein, Schloß Reinhardshausen, Jagdschloß Oberhof, das Schloßhotel Oberhof, das Parkhotel Reinhardshausen, die Waldhöfe Inselberg, Zwickberg, Döberitz, Klostermühle, die Schanzstätten Steigerwald, Rejelsberg, Neues Haus, Jassenstein, Untere und Obere Schweigerhütte, zahlreiche zum Teil sehr wertvolle gelegene Bauplätze usw. Hierzu kommen die mehr als fünfzig laubend Morgen des Vichtendorfer Adelskommisses und das ungewöhnlich wertvolle Hausallodium (Elberfeld, Kunstsammlungen usw.), das nach dem Hausgesetz nicht als persönliches Eigentum des Herzogs zu betrachten, vielmehr ebenso wie das Domänenbesitzamt einschließlich der Schmalldorfer Forste, das Ernst-Albert-Adelskommiss und das Vichtendorfer Adelskommiss mit der Zustimmung in die Regierung übernehmbar ist.“

Herzog Karl Eduard will geradezu bahnbrechend auf dem Gebiet der Auswertung des deutschen Volkes durch seine Landbesitzer.

Der Lanz auf dem Vulkan

Von unfrem Londoner Mitarbeiter

S. London, Mitte Januar 1926.

Es ist, als ob der Pendel zurückgeschlagen wäre. Nach Jahren, in denen ein Ereignis das andre jagte und selbst Ruhepausen an die bewegtesten Tage der Vorkriegszeit erinnerten, ist eine Art von Kirchhoffstille insbesondere in der Innenpolitik eingetreten. Das Parlament ist auf Urlaub, ein großer Teil der Minister und Parteiführer verreiselt. In dieser Stille sind begreiflicherweise die Berichte von den öffentlichen Sitzungen der Kohlenkommission, die in der vergangenen Woche abgeschlossen wurden, wie ein Nixton hörbar geworden. Sie haben die Nation daran erinnert, daß der äußerliche Friede trügerisch ist, daß unter einer dünnen Schicht verborgen ein Vulkan ruhmort, dessen Ausbruch im kommenden Frühjahr unvermeidlich zu sein scheint.

Man erinnert sich noch an die Bergbaukrise im vergangenen Jahr, die die britische Nation in Atem hielt. Der Kollektivvertrag der Unternehmer und Arbeiter war abgelaufen, ein Streik, dessen Uebergreifen auf die Eisenbahn und das Transportgewerbe unvermeidbar schien, drohte das gesamte britische Wirtschaftsleben lahmzulegen. Die Regierung kapitulierte damals; nicht vor den Gewerkschaften, sondern vor der Gefahr. Sie bewilligte in letzter Minute Subsidien für neun Monate, in denen die Lage und Bewirtschaftung der Industrie durch eine „Königliche Kommission“ geprüft werden und von dieser Vorschläge für die Überwindung der Krise (als Basis für gesetzgeberische Maßnahmen) unterbreitet werden sollten. Die Kommission ist damals noch einer von der Regierung verschuldeten, beinahe zweimonatigen Verzögerung an die Arbeit gegangen; sie hat die vorangegangenen Erhebungen studiert, ist persönlich in Bergwerke eingefahren und hat schließlich in einer Reihe öffentlicher Verhandlungen Sachverständige und die Vertreter der beiden Beteiligten, Unternehmer und Arbeiter, befragt.

Was der Vertreter der Unternehmerorganisation in Namen der Bergbauverbände vorbrachte, war schlimmer, als selbst diejenigen erwartet hatten, die mit dem „New Statesman“ die Bergbauunternehmer für die „reaktionärste Körperschaft von Unternehmern Großbritanniens“ gehalten haben. Trotz einem allgemein bekannten, unüberleglichen Material über die betriebstechnische Verschämpfung und Rückständigkeit des britischen Kohlenbaues, über die unendlich kostspielige Zerplitterung in kleine und kleinste Gruppen, wogte es der Vertreter der Bergbauunternehmer nicht nur, jede technische Rückständigkeit rundweg abzuleugnen, sondern geradezu den Arbeitern, deren ergabante Forderungen Profite unmöglich machen, die Schuld für die gegenwärtigen Schwierigkeiten in die Schuhe zu schieben. Nicht technische Umstellung, nicht Zusammenlegung zusammengehöriger Gruppen, nicht Abschaffung der Industrie schwer belastenden mittelalterlich-feudalen Royalties (Grundgebühren) und schon gar nicht Rationalisierung, sondern Verkürzung des von den Arbeitern schwer erkämpften nationalen Lohnabkommens zugunsten lokaler Lohnregelungen, Verlängerung der Arbeitszeit auf acht Stunden, direkte Lohnkürzungen, Herabsetzung der Frachtraten durch Lohnkürzungen bei den Eisenbahnen, Verbilligung aller übrigen Transportkosten durch Erniedrigung der Löhne der Hafenarbeiter — das ist die Zauberformel des Unternehmerverbandes. — Und schon der Vorsitzende der Kommission, Sir Herbert Samuel, dem gewiß keine Voreingenommenheit gegen die Unternehmer vorgeworfen werden kann, brachte durch seine Zusammenfassung der Konsequenzen dieser Forderungen die Position der Unternehmer moralisch ins Wanken. Er wies darauf hin, daß eine Durchführung dieser Forderungen nicht nur unbegleitete Mehrarbeit, nicht nur Lohnherabsetzung bis zu 15 Schilling die Woche bedeuten würde, sondern daß sie hunderten mit zusätzlicher arbeitsloser Bergarbeiter im Fall ihrer Verwirklichung unter die Arbeitsbedingungen seiner kontinentalen Kollegen (mit einziger Ausnahme der polnisch-jüdischen Bergarbeiter) heruntergedrückt würde. Selbst bei Erfüllung des Unternehmerplans verbleibe aber ein Defizit von 3 Pence per Tonne.

Nationalisierungssplan

nieder, dem besondere politische Bedeutung zukommt, weil er als Willensausdruck der gesamten Arbeiterschaft angesehen werden kann. Das Projekt geht von der Erkenntnis aus, daß das Kohlenproblem in England angeht hat ein reines Produktions- und Abgabeproblem zu sein und die Krise der Industrie nur in dem großen Zusammenhang der gesamten Kraft-Transportunterlage und Versorgung der britischen Industrie gelöst werden kann. Wir schlagen vor, so heißt es in der offiziellen Darstellung des Planes, daß die Kohlenindustrie eine Organisation zur Beschaffung von Kohle, Herstellung elektrischer Kraft in größtem Maßstab, Produktion von Stoft und rauchloser Heizung, eine Organisation für die Gaserzeugung, Produktion von Schwefel, von Ammonium und andern Beiprodukten werden soll. Wir schlagen vor, daß diese so unorganisierte Industrie der Nation gehören soll.“ Man sieht, das Projekt der Bergarbeiter ist in allem das Gegenteil dessen, was die Unter-